LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/20558**

16.07.2026

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem Antrag „**Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung**“

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/14522 (Neudruck)

Die Fraktion der FDP beantragt, den genannten Antrag wie folgt zu ändern:

1. Als letzter Feststellungspunkt der Beschlussfassung soll eingefügt werden („Der Landtag stellt fest:“):

   - „Die Unterrichtssprache – jenseits des Fremdsprachenunterrichts – ist Deutsch. Das gilt auch für Aufgabenstellungen und deren Bearbeitung im Rahmen der Leistungsüberprüfung.“

2. Streichung im letzten Forderungspunkt 8 der Beschlussfassung („Der Landtag fordert die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel auf:“):

   - „Regelungen anzupassen, sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann“

Datum des Originals: 16.07.2026/Ausgegeben: 16.07.2026

Begründung:

Der Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD enthält in der vorliegenden Form an entscheidender Stelle eine Unklarheit. Welche Regelungen konkret angepasst werden sollen, um Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern trotz noch unzureichender Deutschkenntnisse zu erfassen, bleibt im Antrag offen. Auch in den Debatten im Ausschuss und schriftlichen Äußerungen haben die antragstellenden Fraktionen darüber keine Klarheit geschaffen.

Darüber hinaus konnten die Fraktionen nicht darlegen, welche Instrumente heute Lehrkräften verwehrt sind, aber nach Beschluss des Antrags zugelassen sein sollen, um fachliche Kompetenzen angemessen zu erfassen. Für eine Anpassung von Regelungen fehlen die Darlegung des konkreten Handlungsbedarfs sowie die Benennung der notwendigen anzupassenden Regelungen.

Ferner fehlt im Antrag ein klares Bekenntnis zur Unterrichts- und Prüfungssprache Deutsch. Es ist deswegen nicht ausgeschlossen, dass der Antrag zu einer Absenkung von Leistungs- und Prüfungsanforderungen führt, statt Leistung zu fordern und fördern. Eine Stärkung der Verantwortung der Eltern und deren Unterstützung bei der Sprachbildung unterstützt die Fraktion der FDP. Daher soll dieser Aspekt in einem eigenen Forderungspunkt aufgeführt werden.

Schulministerin Dorothee Feller merkte in einem schriftlichen Austausch mit der FDP-Landtagsfraktion an, die Unterrichtssprache – jenseits des Fremdsprachenunterrichts – sei Deutsch. Dies gelte auch für Aufgabenstellungen im Rahmen der Leistungsüberprüfung. Die antragsstellenden Fraktionen sollten sich dieser Haltung anschließen und ein solches Bekenntnis explizit im Antrag ergänzen.

Henning Höne
Marcel Hafke
Franziska Müller-Rech

und Fraktion